

Nachrüsten? Aufrüsten? Kriegsfähig werden?

Mission Vorwärts – Bundesheer-Aufbauplan 2032+

von Manfred Sauer

Mit dem Staatsvertrag (15. Mai 1955) endete die Besatzung durch die vier Siegermächte. Im Bundesverfassungsgesetz zur Immerwährenden Neutralität (26. Oktober 1955) bekannte sich Österreich zu deren Verteidigung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, was zu einer Neuaufstellung des Bundesheeres führte. Bereits zuvor war der Grundstock dafür mit der Bildung der sog. B-Gendarmerie (1949) gelegt worden. Grundlagen für die Landesverteidigung waren zunächst die Bundesverfassung (Art. 9a) und das Wehrgesetz.

Im Landesverteidigungsbericht (LVB) 2024/2025 steht unter anderem: Eine funktionierende Landesverteidigung gewährleistet den Schutz der österreichischen Bevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen. Damit wird auch die Souveränität Österreichs im Frieden, bei Bedrohungen in Krisenlagen sowie im Kriegsfall gewährleistet und ein Angreifer abgeschreckt. Das Ziel ist ein modernes ÖBH, das dazu befähigt ist, Österreich im Rahmen der Umfassenden Landesverteidigung (ULV) gegen jeden militärischen Angriff zu verteidigen und sein Volk zu schützen. Die Militärische Landesverteidigung ist die Kernaufgabe des ÖBH.

Die Umsetzung einer aktualisierten Österreichischen Sicherheitsstrategie und die Erstellung eines neuen „Landesverteidigungsplanes“ unter Berücksichtigung des Strategischen Kompasses sowie des White Paper for Defence und der EU-Preparedness Union Strategy ist hierbei essenziell.

Um das BH schnell, flexibel und robust zu organisieren und einsetzbar zu machen, sind laut LVB die für

den Einsatz notwendigen Prozesse und Abläufe schon im Frieden anzuwenden bzw. zu üben, um sie im Einsatzfall zu beherrschen. Dazu bedarf es einer Bereitschaftstruppe/Inland, einer Reaktionsmiliz und einer Bereitschaftstruppe/Ausland. Darauf sind Personalplanung und Ausstattung auszurichten.

Ausstattung des Bundesheeres

Setzte sich die Bewaffnung in den ersten Jahren mehrheitlich aus überlassenen Beständen der Besatzungsarmeen zusammen, wurden Waffen und Gerät zunehmend aus einer beginnenden heimischen Produktion gedeckt. Was nicht hergestellt werden konnte, wurde möglichst günstig (meist gebraucht) am Waffenmarkt gekauft.

Des Öfteren wurde das BH in zahlreichen Organisationsreformen umgeplant, auf geänderte Herausforderungen vorbereitet, aber auch reduziert und geschwächt. Diese Sparprogramme betrafen auch den Ausrüstungssektor. Waffen, Fahrzeuge und Gerät wurden nicht nur ersetzt, sondern auch in manchen Phasen reduziert, etwa schwere Waffen verkauft oder eingemottet.

Was noch zu gebrauchen war, wurde verschiedentlich zum Kauf angeboten. So konnten KFZs und leichte LKWs privat ersteigert werden. Es wurden z.B. 168 Kampfpanzer M-60A3 nach Ägypten (2002), Großhubschrauber S-65OE nach Israel (1981) oder 47 Panzerhaubitzen 2017 nach Lettland geliefert, die heute von der Ukraine eingesetzt werden. 40.000 Sturmgewehre M58 erwarb 1996 (verfassungswidrig?) ein Schweizer Waffenhändler – wo landeten sie? Aus Ersparnis-

gründen wurden etliche Liegenschaften (meist Kasernen) verkauft.

Aber es gab auch Investitionen (z.B. Eurofighter). Besonders nach dem Beitritt zur EU und zur NATO-Partnerschaft für Frieden (PfP) 1995 waren Investitionen in Waffen und Ausrüstung aus Sicht des BH notwendig, um hier mithalten bzw. Kontingente für erweiterte Auslandsmissionen stellen zu können.

Die Kriegslage Russland-Ukraine, die milliarden schweren Waffenlieferungen in diese Region und der Aufrüstungsdruck auf viele Staaten führten auch in Österreich zu einem entscheidenden Umdenken. Die Diskussion zur aktuellen nationalen Sicherheitsstrategie (2024 beschlossen, 2025 wird sie wieder umgeschrieben) holte die sich in der Versenkung befindliche „Umfassende Landesverteidigung (ULV)“ (militärisch, wirtschaftlich zivil und geistig) hervor. Es kam zu einer Neudefinition der Aufgaben und einer sicheren, langfristigen Finanzierung für eine moderne Ausrüstung. Die „Risikobilder“ der letzten Jahre führen zahlreiche „Bedrohungen“ auf, die angeblich weitgehend nur durch ein Militär zu lösen seien.

Mission Vorwärts

Nach Ansicht des BH krankt es an verschiedenen Stellen. Diese Lücken sollen jetzt mit dieser Mission geschlossen werden. Derzeit kann das BH maximal 55.000 Personen für einen Einsatz anbieten. Die Miliz ist mangels Übungen nur bedingt verfügbar. Der sog. Wehrwille in der Bevölkerung (Österreich verteidigen zu wollen) ist überschaubar. Die Volksbefragung (2013) ging eher wegen der möglichen Abschaffung des Zivildienstes bei ei-



nem Berufsheer zu zugunsten der Wehrpflicht aus.

Einige neue Ziele für die Neuausrichtung laut Regierungsplänen:

Bei allen öffentlichen Auftritten des BH wird um Personal geworben. Die Zahl der Offizier*innen und Unteroffizier*innen sinkt, bei der Stellung für den Wehrdienst sind mehr Personen untauglich oder teiltauglich. Viele gehen zum Zivildienst. Der Frauenanteil lag im Mai 2025 bei 818, seit 1.4.2023 ist auch ein freiwilliger Präsenzdienst für Frauen möglich. Eine Verpflichtung dazu wird diskutiert, eine Kommission soll Änderungen beim Grundwehrdienst und den Milizübungen erarbeiten.

Neben der Personalanwerbung soll an weiteren Schrauben gedreht werden. Verbesserungen beim Gehalt, Einführung von Prämien, steuerliche Vorteile, Reduktion der sicherheitspolizeilichen Assistenz (besonders an der Grenze), Rücknahme bei Auslandsmissionen, Übernahmeangebote für Zivilbedienstete und Lehrlinge in den Militärstand u.v.m.

Ziel ist es, genügend Personal für die militärische Landesverteidigung und für Auslandsmissionen bereitzustellen. Um den angesprochenen Wehrwillen zu stärken, gehen im

Rahmen der Geistigen Landesverteidigung Soldat*innen in Schulen und Offizier*innen beeinflussen in der Schulbuchkommission des Bildungsministeriums die Inhalte der Schulbücher. Aus dem Friedensbereich wird dazu niemand eingeladen.

Neben der klassischen Landesverteidigung, der Luftraumverteidigung und der Cyberabwehr, sind der Katastrophenschutz (Klimawandel) und die Bevorratung sicherzustellen. Weiters müssen die Beiträge im Bereich der EU-Verteidigung und NATO-PfP (z.B. für die Zertifizierung bei Auslandseinsätzen) offensiv definiert und erweitert werden.

Der Aufbauplan 2032+

Die Erfüllung der Mission Vorwärts erfordert laut Regierung eine massive Steigerung der Ausgaben für das Militär und besonders für Ausstattung und Bewaffnung. 2022 wurden dazu gesetzliche Grundlagen geschaffen. Damals machte das Militärbudget 0,6 % des Bruttoinlandsprodukts aus. Bis zum Jahr 2028 soll es auf 1,5 % und weiter auf 2 % anwachsen. Die jährliche Steigerung wird gesetzlich in Form des Bundesfinanzrahmengesetzes 2023-26 und des Landesverteidigungsfinanzierungsgesetzes 2032+ festgeschrieben. Manches muss

wieder verlängert werden. Im Budget 25/26 sind +18 % bzw. 8,5 % vorgesehen. Das Budget 2026 beträgt 5,184 Mrd. Euro. Das BH muss nur in der Verwaltung 70 bzw. 90 Mio. einsparen. Etwa 50 % werden fürs Personal und 30 % für den Betrieb ausgegeben. 20 % sind für Investitionen vorgesehen. Dazu kommen wegen spezieller Großbeschaffungen Sonderfinanzierungen außerhalb des Budgets.

Die neue Vorgabe lautet: Entweder werden alte Waffensysteme ersetzt, Waffen kampfwertgesteigert bzw. in ihrer Lebensdauer verlängert oder neuwertige Waffensysteme im gehobenen Preissegment beschafft. Für bisher fehlende Waffenkategorien soll es kein Tabu mehr geben. Waffen und Gerät sollen möglichst bei Waffenfirmen im EU-Raum gekauft und bereits in anderen Armeen verwendet werden. Die Ausrüstung soll den Standard von Großarmeen erreichen.

Die Fähigkeiten des BH sind in den Bereichen Land- Luft- und Luftverteidigungskräfte, Spezialkräfte, Cyberabwehr, Führung und Kommunikation sowie Weltraum sicherzustellen. Der Einsatz hochwirksamer Waffen, die rasche Verfügbarkeit und Mobilität, der Schutz etwa durch Luft- und Drohnenabwehr, die Autarkie bei Betriebsmitteln und Munition und die Führungs- und



36 Pandur EVO mit Rheinmetall-Turm Skyranger 30, Flieger- und Drohnenabwehr mit 30mm Kanone und Lenkwaffe Mistral ab 2026 für das Bundesheer

Quelle: Archiv betrifft Frieden

Aufklärungsmittel sind zentrale Beschaffungsvorhaben. Notwendig sind auch Ausschreibungen, Ausbildungskonzepte und das Vorschriftenwesen.

Aktuelle und künftige Projekte

- ▷ Modernisierung Kampfpanzer Leopard und Schützenpanzer Ulan
- ▷ Beschaffung Schützenpanzer Pandur Evolution in diversen Ausstattungen (Mannschaftstransport, Drohnenabwehr, Pioniergerät oder elektronische Kampfführung)
- ▷ Neue LKW verschiedener Klassen und Ausstattung, teilweise gehärtet
- ▷ Flieger- und Drohnenabwehr
- ▷ Aufklärungs- und bewaffnete Kampfdrohnen
- ▷ Raketenartillerie
- ▷ Pionier- & Brückenlegepanzer
- ▷ intelligente Munition, Munitionsbevorratung
- ▷ Flugzeuge und Hubschrauber
- ▷ moderne Mannschaftsausrüstung (neuer Tarnanzug, ABC-Schutzanzug, Schutzausrüstung, Nachtsichtbrille etc.)
- ▷ Führungs-, Fernmelde-, Aufklärungs- und Störsysteme, Radarsysteme
- ▷ Neue Kasernen (Mistelbach, Villach), Ausbau der Fliegerhorste (Langenlebarn, Hörsching), Renovierung und Modernisierung von Liegenschaften
- ▷ Ausstattung Truppenübungsplätze mit Ortskampfanlagen
- ▷ Logistik, Reparatur, Bevorratung, autarke Kasernen u. v. m.

Zwei Beispiele

Flieger- und Drohnenabwehr

Vorgesehen sind Kampfwertsteigerungen und Neubeschaffungen. Modifizierung der Truppenlenkwaffe „Mistral“, Umbau der 35mm Zwillingsflak zu einem ferngesteuerten System mit neuer Aufklärungs-/Kontrolleinheit und neuer (Streu-)Munition. Pandur Evolution mit neuem Turm (Geschütz und Lenkwaffen) zur Flieger- und Drohnenabwehr. Flieger- und Raketen-

abwehr im Rahmen von „Sky Shield“ (NATO-EU-Initiative) mit kurzer, mittlerer und großer Reichweite, derzeit in Beschaffungsvorbereitung, Teile davon noch nicht budgetiert. Eine Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten im Verbund bei Ausbildung und Aufklärung wird trotz Dementi notwendig sein. Das Gleiche gilt für den Bereich der militärischen Weltraumaktivitäten. Beides könnte Neutralitätsproblematisch sein.

Luftstreitkräfte

Derzeit findet eine Kampfwertsteigerung beim Eurofighter statt. Als Ersatz für die Saab 105OE ist das Trainings- und Kampfflugzeug M346FA der italienischen Firma Leonardo mit 12 Stück vorgesehen. Aktuell findet eine Diskussion über das Modell und den (weit überbewerteten?) Preis statt. Die gleiche Firma liefert die neuen Transporthubschrauber. Black Hawk-Hubschrauber werden generalüberholt bzw. nachbestellt, neue Transportflieger aus Brasilien zusammen mit den Niederlanden gekauft. Die Nachfolge des Eurofighters mit bis zu 36 hochwertigen Kampfflugzeugen ist in Planung, Flugzeug- und Hubschrauber-Bewaffnung wird erneuert.

Beschaffung und Industrie

Waffenkäufe durch das BH sollten in Regierung-zu-Regierungsgeschäften erfolgen. Neulich wurden Deals mit Gegengeschäften angedacht, wie sie schon in der Vergangenheit mehrmals zu Skandalen geführt haben.

Österreichische Firmen hoffen auf Geschäfte durch Aufrüstung im In- und Ausland und beginnen, ihre Produkte im Wehrsektor oder Dual-Use-Bereich zu aktivieren. In diesem Zusammenhang sind Kontakte zum BH und auf Waffenmessen hilfreich.

Kritik ist erlaubt und muss gehört werden

Im Friedensbereich gibt es unterschiedliche Meinungen zu Armeen:

Die Pazifist*innen, die das Militär ablehnen, die Ansicht einer Aufgabenänderung in Richtung Friedenseinsätze, Rüstungskontrolle, Katastrophenschutz oder jene, die mehr internationale Fragen und Abrüstung im Fokus sehen bzw. den Zivildienst wählen. Eine frühere Initiative zur Abschaffung des BH war nicht erfolgreich. Fast allen ist aber eine glaubwürdige und aktive Neutralitätspolitik Österreichs ein wichtiges Anliegen. Trotz des Bekenntnisses der Politik zur Neutralität wird ihre Sinnhaftigkeit von vielen Entscheidungsträger*innen in Zweifel gezogen. Der Verfassungsartikel 23j ermöglicht eine Teilnahme an der ESVP (EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik) abseits der ursprünglichen Werte der Neutralität. Wir können nach den aktuellen Entwicklungen (Rüstung) von der EU nicht (mehr) als einem Friedensprojekt sprechen. Das österreichische Kontingent in der neuen EU-Battle-Group geht, wenn angeordnet, in den Einsatz, auch wenn sich Ministerin Tanner (ORF Mittagsjournal, 17.5.2025) dazu nicht klar festlegen will.

Das Bestreben einer starken Einbindung Österreichs in die EU-Verteidigung und die intensive Zusammenarbeit mit der NATO müssen hinterfragt werden. Wozu sollte ein Aufrüsten des BH mit modernsten und exklusivsten Material dienen, außer zu einer Kriegsfähigkeit, wie sie Großmächten vorbehalten ist. Für eine reine Verteidigung, umgeben von befreundeten Staaten, sind solche Milliardenausgaben schwer zu erklären. Besonders, wenn in Sparzeiten im Sozialbereich gekürzt wird. Die Nutznießer*innen sind die Rüstungsfirmen, die Verlierer*innen die Opfer neuer Kriege. Kriegsfähig werden wird leider Realität!

Manfred Sauer ist im Vorstand der österreichischen Sektion der International Physicians for the Prevention of Nuclear War





Soziale Verteidigung: Ohne Waffen, aber nicht wehrlos

Von Christine Schweitzer

Fast ganz Europa rüstet auf, mit der Begründung, dass man Russland davon abschrecken müsse, nach der Ukraine weitere (westliche) Länder zu überfallen. Denn das habe es vor, so sagen es diverse Geheimdienste.⁽¹⁾ Und auch das österreichische Verteidigungsministerium hat die Möglichkeit, dass Russland im Baltikum angreife, an die erste Stelle seiner Risikoanalyse 2025 gestellt wenngleich vorsichtiger formuliert, als man es von einigen NATO-Staaten hört.⁽²⁾ Und wegen dieser Bedrohung, so die Logik der NATO, müsse man aufrüsten – gerade jetzt, wo an der Bündnistreue der USA unter Präsident Trump so starke Zweifel entstanden sind –, denn nur wer bereit ist, Krieg zu führen, könne ihn abschrecken. Aber: Ab-

schreckung, besonders nukleare Abschreckung, mag die Schwelle eines Angriffs erhöhen, aber sie ist auch hochgefährlich: Die Risiken reichen von der Gefahr eines Kriegs „aus Versehen“⁽³⁾, über die Gefahr, dass konventionell begonnene Kriege eskalieren, und die Tatsache, dass auch atomwaffenbesitzende Staaten Krieg unterhalb der nuklearen Schwelle führen, also Krieg nicht verhindert wird, bis hin dazu, dass sie den Gegner zu einem Präemptivangriff bringt. Denn die Wahrnehmung, von der anderen Seite bedroht zu werden, ist i.d.R. eine gegenseitige, auch wenn die beiden Seiten dies meist nicht wahrhaben wollen. Angesichts immer kürzer werdender Vorwarnzeiten (neue Mittelstreckenwaffen, Hyperschallwaffen) und der dadurch

gestiegenen Erstschlagsfähigkeit mögen Staaten auf die Idee kommen, den Krieg zu beginnen, bevor die andere Seite noch stärker wird und die eigenen Chancen, den Krieg zu gewinnen, noch geringer werden.

Aber heißt die Alternative gar nichts zu tun? Sich wehrlos zu machen? Das könnte doch auch eine*n „böse*n Nachbar*in“ auf böse Gedanken bringen? Aus diesem Dilemma heraus sind schon in der Zeit des Kalten Krieges im letzten Jahrhundert verschiedene Konzepte der alternativen Verteidigung entwickelt worden – strukturelle Nichtangriffsfähigkeit⁽⁴⁾, Autonome Verteidigung⁽⁵⁾ und, worum es in diesem Aufsatz gehen soll, die Soziale Verteidigung.

(1) <https://www.rnd.de/politik/plant-russland-militaeraktionen-auf-nato-gebiet-daenischer-geheimdienst-warnt-3AWXJ5VLAFBJJFWE7SHY4ZHIZQ.html>

(2) https://www.bmlv.gv.at/pdf_pool/publikationen/risikobild_2025.pdf

(3) Siehe <https://atomkrieg-aus-versehen.de/>

(4) Afheldt, Horst (1983): *Defensive Verteidigung*, Reinbek b. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, 1983

(5) Siehe Nolte, Hans-Heinrich & Wilhelm Nolte (1984): *Ziviler Widerstand und autonome Abwehr*, Baden-Baden: Nomos